

Rio + 10

Der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg
(WSSD) 26. August bis 4. September 2002



Was steckt denn nun konkret dahinter, wenn von „Rio + 10“ die Rede ist? Zehn Jahre nach der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED), die 1992 in Rio de Janeiro stattfand, soll Bilanz gezogen werden: Rechenschaft über die Ziele, welche die 178 Staatschefs sich damals am Zuckerhut gesetzt hatten, sollen sie in Johannesburg ablegen: Was ist bis heute umgesetzt worden von dem, was einst feierlich beschlossen wurde? Bedauerlicherweise ist die damals anklingende Trendwende unter dem Leitstern „Nachhaltigkeit“ nur sehr zögerlich vorangekommen: Zwar hat in der öffentlichen Diskussion das Thema Umwelt seit Rio eine weite Verbreitung erfahren – gleichzeitig aber verbraucht die weltweit expandierende Wirtschaft immer mehr und immer schneller die Ressourcen des Planeten. Dass diese Weltkonferenz in Johannesburg stattfindet, lenkt den Blick auf die Probleme Afrikas – und nicht nur deswegen wird der Johannesburg-

Gipfel nicht so sehr „Umwelt“ wie in Rio, sondern vielmehr „Entwicklung“ zum Thema haben. Schon vor der Rio-Konferenz waren die Entwicklungsländer nur bereit teilzunehmen, wenn „ihr“ Thema – Entwicklung – mit auf der Tagesordnung steht. Denn im Gegensatz zu den reichen Ländern, die fast alle im Norden des Planeten liegen, allen voran die USA und Europa, steht das Thema Umwelt für die meist im Süden gelegenen Entwicklungsländer hinter den Problemen von Armut, Hunger und wirtschaftlicher Entwicklung zurück. Doch Entwicklung auf Kosten der Umwelt, wie sie viele Staaten im Süden anstreben, ist keine Lösung für die Armen und Hungernden. Denn der Besitz und die Behandlung von Luft, Boden, Wald, Meeren und der Zugang zu Wasser ist entscheidend für die, deren Überleben unmittelbar davon abhängt. Auch wenn die Vertreter gros-

ser Unternehmen Hilfe durch wirtschaftliche Investitionen versprechen, ist ihr oberstes Ziel doch der Firmenprofit.

Ökologische Folgeschäden und soziale Standards können dort, wo die Not am grössten ist, am leichtesten missachtet werden – und mit Schmiergeldern lassen sich Regierungsvertreter und Entscheider einkaufen. Die Rechte derer, die solche Verträge betreffen, werden dabei nicht selten missachtet, ihre Stimmen nicht gehört. Der Gipfel in Johannesburg wird ein Zeichen setzen: Sind Industrie- und Entwicklungsländer willens und fähig, gemeinsam für eine „nachhaltig“ gerechtere Welt zu sorgen? Immerhin werden die Vertreter der Zivilgesellschaft dies vehement einklagen: Rund 60.000 Teilnehmer erwarten die Veranstalter zur Zivilkonferenz beim Weltgipfel. Auf den folgenden Seiten möchten wir Ihnen einen Einblick geben, wer in diesem Prozess welche Positionen vertritt und welche Hintergründe und Zusammenhänge eine Rolle spielen.

Die Ergebnisse der Rio-Konferenz

In der brasilianischen Stadt finden sich vom 3. bis 14. Juni 1992 Vertreter von über 170 Staaten der Erde zusammen, um zum ersten Mal gemeinsam über die weitere menschliche Entwicklung und die Bedingungen für die Umwelt zu beraten. Unter dem Leitbild „Nachhaltigkeit“ verabschiedeten sie auf der Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung (UNCED) wichtige Vereinbarungen:

Rio-Erklärung

In 27 Prinzipien enthält sie die Verantwortlichkeiten der Regierungen für Umwelt und Entwicklung. Das Prinzip 3 schreibt vor, dass die Entwicklungs- und Umweltschutzbedürfnisse gegenwärtiger und zukünftiger Generationen in gleichem Maße berücksichtigt werden müssen.

Agenda 21

Die Agenda 21 – ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert – ist das Kern-

Zivilgesellschaft

Einer der größten Erfolge des sogenannten Erdgipfels in Rio de Janeiro war die Einbindung vieler Gruppen, Initiativen und Organisationen aus der Gesellschaft. Sie haben seitdem einen festen Platz bei den Nachfolgekonferenzen. Eine dieser Gruppen sind die sogenannten Nichtregierungsorganisationen (NRO oder englisch NGO). Sie nehmen eine immer wichtigere Stellung in der Gesellschaft ein. Entstanden aus dem Unmut der Bürger über bestehende Umwelt- oder Entwicklungsprobleme informieren sie die Öffentlichkeit, stellen Forderungen an Politiker und helfen mit gezielten Projekten in vielen Ländern, wo staatliche Stellen nichts tun. Ihr oft unbezahltes bürgerschaftliches Engagement stellt ein unverzichtbares Korrektiv zur Regierungspolitik dar. Der Weltgipfel besteht also aus zwei Konferenzen: Der Tagung der Regierungsvertreter und dem Zusammenkommen der zivilgesellschaftlichen Gruppen. Ihr Treffen wird in der UN-Sprache als „Multi-Stakeholder-Dialogue“ bezeichnet.

stück der Ergebnisse der Rio-Konferenz von 1992. In 40 Kapiteln werden alle wesentlichen Politikbereiche, die für eine nachhaltige Entwicklung notwendig sind, angesprochen. Die Agenda 21 enthält detaillierte Handlungsempfehlungen für die Gestaltung und Sicherung einer lebenswerten Welt für gegenwärtige und künftige Generationen. Auf nationaler Ebene erstellte Aktionspläne sollen ebenso zur Umsetzung der Agenda 21 beitragen wie die jeweils im kommunalen Bereich zu entwerfende Lokale Agenda 21. 178 Staaten, darunter auch Deutschland, haben den Leitfaden mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung verabschiedet.

Übereinkommen

Klimarahmenkonvention (FCCC)

Eine gesetzlich verbindliche Vereinbarung über die Stabilisierung des Treibhauseffektes in der Atmosphäre, in Rio von 154 Staatschefs unterschrieben. Konkrete Abmachungen zum Klimaschutz enthält das Kioto-Protokoll, das 1997 auf einer Folgekonferenz beschlossen wurde. Bis heute ist es von 74 Staaten ratifiziert, kann aber nicht in Kraft treten, da nicht alle Staaten, die im Jahre 1990 für 55 Prozent des Kohlen-

dioxid-Ausstosses verantwortlich waren, unterzeichnet haben.

Konvention über die biologische Vielfalt/Biodiversitätsabkommen (CBD).

Gesetzlich bindende Vereinbarung über den Schutz der Biologischen Vielfalt, ihre nachhaltige Bewirtschaftung und eine gerechte Verteilung der Einkommen aus ihrem genetischen Nutzen. Bisher von 168 Ländern unterschrieben, aber nur von 21 ratifiziert. Im sogenannten Cartagena-Protokoll sind die Ziele beschrieben.

Walderklärung

15 Leitlinien für die nachhaltige Bewirtschaftung von Wäldern.

Außerdem wurden vereinbart:

UNO-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung

UNO-Abkommen über Hochseefischerei

Zur Finanzierung vereinbarten die Industrieländer, 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts an die Entwicklungsländer abzugeben.



In der Stadt am berühmten Zuckerhut trafen sich Staatschefs aus 178 Ländern – der Schwund der Regenwälder am Amazonas durch Brandrodung und Abholzung war ein Grund für die Wahl Brasiliens als Gastgeber der bislang größten Konferenz zu Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen. Foto: www.bigfoto.com

Zeittafel

über die wichtigsten Ereignisse und Weltkonferenzen zu Umwelt und Entwicklung

1972

Club of Rome-Studie: „Die Grenzen des Wachstums“ erscheint
UN-Konferenz über die menschliche Umwelt in Stockholm
Das United Nations Environmental Programme (UNEP) wird eingerichtet

1975

Bericht „Was tun“ der Dag Hammerskjöld Foundation

1983

Beschluss der UN-Generalversammlung für eine „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ unter dem Vorsitz der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland (Brundtland-Kommission)

1992

*UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro (UNCED):
Verabschiedung der Agenda 21*

1993

Weltkonferenz für Menschenrechte in Wien
Jährliche UN-Konferenzen der aus Rio entstandenen Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD)

1994

Marrakesch: Gründung der Welthandelsorganisation WTO

1995

Weltgipfel für soziale Entwicklung in Kopenhagen

1996

4. Weltfrauenkonferenz in Peking (UN)
Welternährungsgipfel in Rom (UN)
Zweite UN-Konferenz für Siedlungen (Habitat II) in Istanbul

1997

UN-Earth Summit Rio + 5 in New York: Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen (UNGASS)
Dritte Vertragsstaatenkonferenz der Klimakonvention in Kyoto/Japan: Kyoto-Protokoll

1998

WTO-Ministerkonferenz in Seattle bringt die öffentliche Debatte weg von den Rio-Konventionen hin zur Globalisierungsdebatte

2000

UN-Millenniumsgipfel in New York. Ziel: Halbierung des Anteils der in extremer Armut lebenden Menschen bis zum Jahr 2015

2001

WTO-Ministerkonferenz in Doha: Einbezug von Umweltschutz und Arbeitnehmerrechten in Welthandelsregeln
UN- Habitat + 5 -Konferenz in Istanbul

2002

Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FFD) in Monterrey/Mexiko
UN-Welternährungsgipfel + 5 in Rom
Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg

Die Vereinten Nationen (UN)

Zu wenig Macht

51 Länder gründeten nach dem zweiten Weltkrieg, am 24. Oktober 1945, die Vereinten Nationen. Frieden durch internationale Zusammenarbeit und Sicherheit war das Ziel. Heute verpflichten sich 189 Nationen per Mitgliedsvertrag den Grundprinzipien. Aufgabe der Vereinten Nationen ist, freundliche Beziehungen zu unterhalten und gemeinsam internationale Probleme lösen, die Menschenrechte achten und nationale Handlungen abstimmen. Oberstes Gremium ist die Generalversammlung, der neun Fachkommissionen unterstehen. Eine davon ist der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC). Dieser entsendet Vertreter in die für den Rio-Prozess verantwortliche

Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD)

Sie wurde nach dem Rio-Gipfel im Dezember 1992 eingerichtet. Ihre Aufgabe ist die Umsetzung und Kommentierung der in Rio beschlossenen Richtlinien für eine nachhaltige Entwicklung, also der Agenda 21, Rio-Erklärung und der Walderklärung. Sie besteht aus Vertretern von 53 Staaten, gewählt für



Das UNO-Hauptquartier in New York

drei Jahre und tagt jedes Jahr zwei Wochen im UNO-Hauptquartier New York. Auch die Vertreter von Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) sind hier eingebunden. Die Kommission hat einen Katalog von 130 Nachhaltigkeitindikatoren entworfen, die derzeit von 22 Ländern, auch Deutschland, getestet werden. Aber viel mehr kann sie auch nicht tun. Denn sie ist eine der Fachkommissionen der ECOSOC und hat wie auch diese kaum eigene Entscheidungs-

kompetenzen: Sie kann also keine völkerrechtlich verbindlichen Entscheidungen fällen oder Konventionen verabschieden. Ihre Informationen hängen von der Berichterstattung der nationalen Regierungen ab – aber sie kann sich auf die Berichte der NRO stützen.

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)

Gegründet 1974 als Folge der ersten Weltumweltkonferenz 1972 in Stockholm, koordiniert es heute etwa 20 weltweite Umweltabkommen, erstellt Berichte zur Umweltsituation, gibt politische Empfehlungen, berät Regierungen und zeigt Lösungswege. Selbst kann es allerdings keine grossen Projekte ausführen. Zudem sind seine finanziellen Mittel begrenzt, da es auf weitgehend freiwillige Beiträge der Regierungen angewiesen ist. Trotzdem ist es mit den jährlichen Treffen der Umweltminister die treibende Kraft hinter vielen rechtsverbindlichen Vereinbarungen zur nachhaltigen



Entwicklung. So etwa bei der Konvention über Artenschutz, dem Wiener Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht oder dem Basler Übereinkommen über die Grenzkontrolle für gefährliche Abfälle. Ziel für Johannesburg: ein Fünftel des Weltenergieverbrauchs soll im Jahre 2015 aus erneuerbaren Quellen stammen (Heutiger Anteil: 0,2 Prozent ohne Staudämme). Eine Aufwertung der UNEP zu einer Art „Weltumweltorganisation“ wird als eines der Ziele von Johannesburg erwogen.

Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

ist der größte Geldgeber für Entwicklungszusammenarbeit. Gegründet 1965, koordiniert es mit Hilfe seiner Büros in



Kofi Annan

Generalsekretär der Vereinten Nationen: „Johannesburg muss ein Gipfel über verantwortlichen Wohlstand werden.“

über 130 Ländern alle Programme der Vereinten Nationen zur Armutsbekämpfung, Wissenvermittlung, Stärkung von Frauenrechten. Seit 1990 gibt es den Bericht für menschliche Entwicklung heraus.

Auf dem Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen im Jahr 2000 formulierten die Staatschefs das Ziel zur Halbierung der Armut bis 2015.

Finanzierung: Globale Umwelt-Facilität (GEF)

heißt der Fonds, der seit 1994 internationale Zusammenarbeit im Umweltschutz, hauptsächlich im Artenschutz, Klimawandel und der Wasserversorgung finanziert. Die Auszahlung erfolgt durch die Weltbank und das Umwelt- und das Entwicklungsprogramm der UN. Alle vier Jahre zahlen 34 Nationen rund zwei Milliarden Dollar auf freiwilliger Basis ein. Zu wenig um die Aufgabe zu erfüllen: Die Umweltschäden, die die Länder des Nordens im Süden angerichtet haben, auszugleichen.



„Die UN ist nur so stark, wie es ihre Mitglieder erlauben“

Klaus Töpfer

Der ehemalige deutsche Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) ist Leiter des Umweltprogramms der Vereinten Nationen mit Sitz in Nairobi/Kenia.

„Ich glaube, dass wir ein internationales Haftungsrecht in besonderer Weise auch brauchen, weil eine Globalisierung der Wirtschaft ohne eine solche Zuordnung von Verantwortung außerordentlich schwierig zu begünden sein wird. Überall dort, wo wir Subventionen gewähren, tun wir nichts anderes, das dass wir bei uns die Wertschöpfung behalten, die andere Länder eigentlich dringend brauchen.“ (13. Mai 2002, Staatsratsgebäude Berlin)



Energiekonzerne haben großen Einfluß auf die amerikanische Politik

Bindende internationale Richtlinien sind seine Sache nicht: Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, George W. Bush, pocht auf das Recht der Nation zur Selbstbestimmung.

So zieht sich die USA immer mehr aus den Verhandlungen zurück. Keinesfalls will man sich im mächtigsten Land der Erde Vorschriften machen lassen, wie amerikanische Unternehmen sich auf der Weltbühne zu verhalten haben.

USA - Kein Fair Play bei Klimaschutz und Armutsbekämpfung

Gemeinsame Abkommen, wie sie die Vereinten Nationen erarbeiten, stören nur bei der ungehemmten Ausbeutung der Ressourcen des Planeten. Der „american way of life“ sei „nicht verhandelbar“ sagt Bush. Aber dieser hat einen enormen Energiehunger, verbraucht einen Großteil der weltweiten fossilen Ressourcen. Umweltschutz ist daher kein Thema im Weißen Haus. Der direkte Zugriff des Präsidenten auf die amerikanische Umweltbehörde (EPA) ist bezeichnend und der Einfluss der Industrie enorm: Auf Druck der Energielobby, allen voran ExxonMobil, wurde der kritische Vorsitzende der Internationalen Klimakommission der UN (IPCC) Robert T. Watson durch einen gemäßigeren

Kollegen ersetzt. Obwohl jetzt auch amerikanische Wissenschaftler zugegeben haben, dass der Mensch das Klima beeinflusst: Die USA wird das Kioto-Protokoll, das Maßnahmen zur Klimaverbesserung vorsieht, nicht unterzeichnen. Dabei sind die USA mit 25 Prozent die größten Verursacher der schädlichen Emissionen. Zusammen mit Kanada und Australien gehören sie zu den „Bremsern“ wenn es um internationale Regelungen zu Umwelt und Entwicklung geht. Sie setzen auf freiwillige Selbstverpflichtung der Industrie und die Vermarktung genmanipulierten Saatguts. Für Johannesburg haben die USA schon ihre Unterstützung eines Aktionsplans abgesagt.

Europäische Gemeinschaft (EU): In Johannesburg die Vorreiterrolle zurückgewinnen

Ihr kommt eine Schlüsselrolle als Vermittler in Johannesburg zu: Sollen die Verhandlungen nicht scheitern, muss sich die EU mit den Entwicklungsländern zusammentun und die Initiative ergreifen.

Insbesondere durch gerechtere Handelsbedingungen, Entwicklungsfinanzierung und globale Regeln für internationale Konzerne müssen den negativen Auswirkungen der Globalisierung klare soziale und ökologische Grenzen gesetzt werden. Unter spanischer Präsi-

dentenschaft (Javier Solanas) hat die Europäische Gemeinschaft auf den Vorbereitungs-konferenzen allerdings keinen Ehrgeiz zur Verbesserung der Situation gezeigt. Im Juni 2001 einigte sich der Europäische Rat in Göteborg auf eine Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Einige Länder haben sich in den letzten Jahren konkrete Ziele gesetzt, die Ökosteuer eingeführt (Deutschland, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland) und nationale Strategien zur nachhaltigen Entwicklung ausgearbeitet. Die

in der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) zusammengeschlossenen Länder arbeiten dabei bereits mit afrikanischen und asiatischen Staaten zusammen. In Johannesburg wird die EU-Delegation unter dänischer Präsidentschaft stehen. Diese steht nachhaltiger Entwicklung skeptisch gegenüber.



Flaggen der EU-Länder

Deutschland: Nationale Ziele müssen Weltziel bestimmen

Kurz vor dem Gipfel hat man noch schnell seine Hausaufgaben erledigt: Im Juni ratifizierte Deutschland das Kioto-Protokoll und stellte im April eine Nationale Nachhaltigkeitsstrategie vor.

Dafür wurde eilends ein Rat für nachhaltige Entwicklung gegründet, der im Mai 2001 erstmals zusammenkam. Klima und Energie,

Mobilität und Umwelt, Ernährung und Gesundheit sind die vorrangigen Themen. Der Rat hat in der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 21 Ziele zur Verbesserung der Umwelt vorgestellt. Unter anderem soll der tägliche Flächenverbrauch von 130 Hektar auf 30 vermindert und der Anteil erneuerbarer Energien bis 2010 auf 15 Prozent erhöht werden. Kanzler Schröder wird trotz des Wahlkampfes nach Johannesburg reisen. Seine Minister Heidemarie Wiecek-Zeul (Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und Jürgen Trittin (Umwelt) wollen sich dort vor allem für Armutsbekämpfung und erneuerbare Energien einsetzen: „Die Bundesregie-

rung will in Johannesburg ein Startsignal für ein Programm zur nachhaltigen Energieversorgung geben“ erklärte Trittin. Außerdem möchte der Grüne Bundesumweltminister für eine bessere Wasserwirtschaft, den Schutz und Erhalt von Primärwäldern und die Stärkung der UN-Institutionen eintreten. Auch Prinzipien für die Berücksichtigung des Umweltschutzes bei Direktinvestitionen im Ausland sind für Trittin notwendiges Verhandlungsthema. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) schlägt vor, die UNEP in eine eigenständige globale Umweltorganisation zu überführen.

Foto: www.freefoto.com, EU-Kommission, www.visipix.com



Deutschland setzt auf erneuerbare Energien

Vom Norden betrogen

Entwicklungsländer (G77/China) fordern Wiedergutmachung für Ausbeutung ein

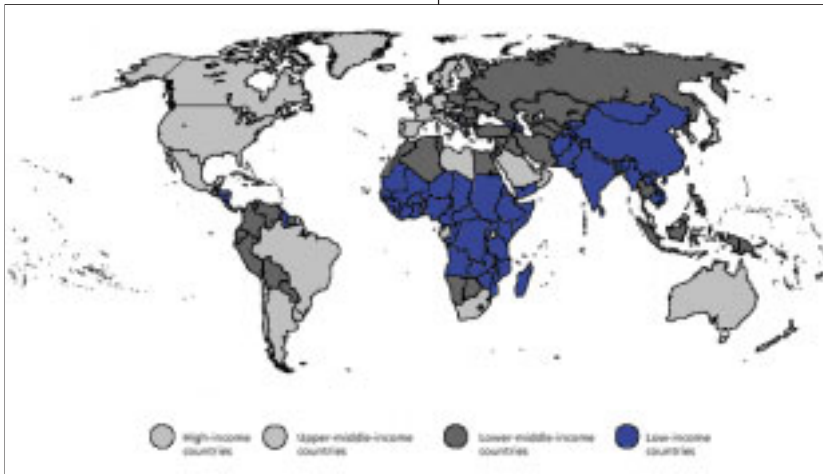
Ohne Hilfe keine Beteiligung: So könnte man das Motto der Entwicklungsländer zum Umweltschutz in wenige Worte fassen.

Nachdem sich die Industrieländer in den letzten Jahrhunderten ihren Reichtum – Sklaven, Bodenschätze, Nutzpflanzen – aus dem Süden geholt haben, sollen sie nun mit Geld und technologischer Hilfe den Entwicklungsländern auf die Beine helfen. Versprochen war dieser erste Schritt auf dem Rio-Gipfel, umgesetzt worden ist davon wenig, im Gegenteil: Die Entwicklungshilfe, die wohlhabende Nationen mit 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandseinkommen an bedürftige Staaten geben sollten, sank beständig auf rund 0,3 Prozent ab. Sollen die Entwicklungsländer doch erstmal ihr Teil zum Umweltschutz beitragen, fordern die Industrieländer und ga-

ben sogar weniger Geld als 1992 – ihr wollt uns damit doch nur Steine in den Weg beim Aufbau der Wirtschaft legen, maulen die Entwicklungsländer und sehen ihr Heil allein im gesteigerten Bruttozialprodukt, den Umweltauflagen doch nur behindern. Seit einigen Jahren haben ölfördernde OPEC-Länder den Vorsitz in der G77, dieses Jahr ist es Venezuela. Ihr Interesse an erneuerbaren Energien ist gering. Dazu kommt die hohe Korruption, an der viele Entwicklungsländer leiden: Eine kleine, oft sehr reiche Minderheit besitzt Grund, Geld und Macht und lässt sich von internationalen Konzernen bestechen, die Großprojekte verwirklichen wollen. Diese bringen der Bevölkerung oft mehr Not als Nutzen wie z.B. große Staudämme.

„Eine unheilige Allianz aus den Entwicklungsländern und den meisten ausereuropäischen Industriestaaten unter Führung der USA blockiert schon im Ansatz alles, was die Umsetzungsprobleme nachhaltiger Entwicklung auch nur im Klartext benennt, geschweige denn Lösungswege aufzeigt. So berechtigt der Ärger der Entwicklungsländer über die seit Jahren sinkenden Entwicklungshilfesaufgaben der Industriestaaten ist, so wenig hilft es auch ihnen selbst weiter, wenn man als Grundbedingung für jede Art von auch nur ansatzweise nach Umweltpolitik riechende Umsetzung nachhaltiger Entwicklung die Bereitstellung „neuer und zusätzlicher Mittel“ durch die Industriestaaten macht. Die Vorstellung, dass nach den zwar dürftigen aber immerhin überhaupt vorhandenen zusätzlichen Mitteln, die in Monterrey bei der UN-Konferenz „Finanzierung für Entwicklung“ zugesagt wurden, in Johannesburg noch nennenswerte weitere Mittel auf den Tisch gelegt werden könnten, dürfte sich als ziemlich illusorisch erweisen, wie eine ganze Reihe Industrieländer bei der dritten Vorbereitungskonferenz unmissverständlich zu erkennen gab.“

Jürgen Maier
Forum Umwelt und Entwicklung
info@forumue.de



Am durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung wird der Entwicklungsstand eines Landes gemessen

G77/China

Die Gruppe der 77 war am 15. Juni 1964 mit der „Gemeinsamen Erklärung der 77 Länder“ am Ende der ersten Sitzung der UN-Konferenz zu Handel und Entwicklung (UNCTAD) in Genf gegründet worden. Heute sind es 133 Nationen, die die Charta von Algier (1967) unterschrieben haben. Die G77 ist die größte Vereinigung von „Dritte-Welt“-Ländern, die als gemeinsame Stimme die wirtschaftlichen Interessen in den Vereinten Nationen vertritt. Außerdem fördert sie wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit unter den Mitgliedsländern.

Im Jahr 2000 fand das jährliche Treffen erstmals auf der Ebene der Staatschefs statt. 2002 hat Venezuela den Vorsitz. Innerhalb dieser Vereinigung hat sich 1971 die Gruppe der 24 formiert, die sich mit internationalen Finanzen beschäftigt, um die gemeinsame Position der Entwicklungsländer in Bezug auf finanzielle Hilfen zu vertreten. Ihr gehören neun afrikanische, acht lateinamerikanische und sieben asiatische Staaten an. Alle Mitglieder der Gruppe 77 dürfen als Beobachter an den zweimal jährlichen Sitzungen teilnehmen, China genießt den Status eines „besonderen Eingeladenen.“



Diese Jungen sind die Zukunft Afrikas.

Foto: www.visipix.com, Grafik: Weltbank



Gegen die Folgen ausbeuterischer Globalisierung protestierten „Friends of the Earth“ in Brüssel und Luxemburg.

Nicht nur 192 Regierungsvertreter werden sich in Johannesburg treffen: 60.000 Menschen aus der bürgerlichen Gemeinschaft wollen ebenfalls in Johannesburg mit ihren Anliegen und Vorschlägen dabei sein.

Schon vor Rio haben sich Menschen

Bürger erheben Einspruch

Die Zivilgesellschaft fordert Mitsprache

aus vielen Ländern zusammengetan, um ihre Interessen zu formulieren und gegenüber den Regierungen zu vertreten. Seither haben sie eine feste Stimme in den Vereinten Nationen, insbesondere in der Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD). Dort beraten sie als sogenannte „Major Groups“ im Multi-Stakeholder-Dialog und bringen ihre Vorschläge und Kommentare in die Sitzungen der Regierungsvertreter ein. Eine der größten Nichtregierungsorganisationen im Umweltbereich ist „Friends of the Earth“ – in Deutschland ist sie beim Bund für Umwelt und Naturschutz

Major Groups

- 1) Jugend
- 2) Frauen
- 3) Indigene Völker
- 4) Nichtregierungsorganisationen
- 5) Städte
- 6) Handelsvereinigungen
- 7) Unternehmen
- 8) Wissenschaft und Technik
- 9) Bauern

Deutschland (BUND) angesiedelt. Auch kirchliche Organisationen wie der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) sind im Multi-Stakeholder-Dialog aktiv. Deutsche NRO haben sich im Forum Umwelt und Entwicklung zusammengeschlossen. Dort erarbeiten sie zu den jeweiligen Themen Positionspapiere, die auf den internationalen Sitzungen vorgestellt werden. Unterstützt werden sie dabei auch von Stiftungen wie der Heinrich-Böll-Stiftung, die der Partei der Grünen nahesteht. Zur Vorbereitung auf Johannesburg arbeiten die Major Groups auf internationaler Ebene zusammen. Dabei treffen sich die Interessengruppen, um später gemeinsame Forderungen vertreten zu können.

Zehn Forderungen der Kampagne deutscher Nichtregierungsorganisationen „Globale Gerechtigkeit ökologisch gestalten“

1. Armut bekämpfen und Gerechtigkeit verwirklichen
2. Das Klima durch eine Energie- und Verkehrswende schützen
3. Wirtschaftliche Globalisierung sozial und ökologisch gestalten
4. Ernährung durch eine globale Agrarwende sichern
5. Biologische Vielfalt und Wälder erhalten und nachhaltig nutzen
6. Boden schützen und Wüstenbildung bekämpfen
7. Recht auf Wasser einlösen, Wasserressourcen nachhaltig nutzen
8. Konsum und Lebensstil nachhaltig gestalten
9. Nachhaltigkeit braucht Geschlechtergerechtigkeit
10. Lokale Agenda 21 und Beteiligung auf allen Ebenen stärken

„Eine andere Welt ist möglich“

Weltsozialforum der Zivilgesellschaft in Porto Alegre

In New York sorgten sich die Reichen um Absatzmärkte, in Porto Alegre forderte die andere Seite Mitbestimmung:

Anfang 2001 tagte in Nordamerika das Weltwirtschaftsforum, in Südamerika fanden sich Gegner des ungehemmten Freihandels zum Weltsozialforum ein. Im Jahr darauf kamen schon über 50.000 Menschen in die brasilianische Küstenstadt, deren Tagung in den Nachrichten im gleichen Atemzug mit der des Clubs der Mächtigen genannt wurde. Anfangs als ‚Gutmenschen‘ belächelt, beginnen nun auch Politiker, die Veranstaltung der Kritiker der wirtschaftlichen Globalisierung ernst zu nehmen. Ihr Protest gegen eine Freihandelszone von Feuerland bis Alaska, genmanipuliertes Saatgut, die Privatisie-

rung von Wasser und Krieg als Mittel gegen Terror findet immer mehr Zustimmung – nicht nur unter den Menschen, die unmittelbar von den Auswirkungen betroffen sind. Sie diskutierten Vorschläge, wie der ungezügelter Welthandel in soziale und demokratische Bahnen gelenkt werden kann. Die Bewegung wird strukturierter, regionale Veranstaltungen werden ihre Ergebnisse nächstes Jahr wieder in Porto Alegre einbringen. 2004 soll das Weltsozialforum in Indien stattfinden.

Die europäischen Globalisierungskritiker werden sich im Herbst treffen, um im Bündnis gesellschaftlicher Kräfte eine gerechtere Welt vorzubereiten. Das 1. Europäische Sozialforum findet vom 7. bis 9. November in Florenz statt. Infos: Hugo Braun, Tel.: 0211-674980 e-mail: braun.d@t-online.de



attac-Demonstration in Porto Alegre

Warum die Rio-Ziele nicht erreicht wurden

Wirtschaft schlägt Umwelt

„In der Aufbruchstimmung damals haben wir es versäumt, Zeitpläne aufzustellen, Überwachungsmechanismen zu entwickeln und unsere Absichtserklärungen verbindlich, sogar einklagbar zu machen.“

sagte Klaus Töpfer (UNEP) in einem Interview in der „Zeit“ (9.6.02). 1994 beschlossen die gleichen Regierungschefs, die zwei Jahre vorher in Rio

die Grundsätze für ein verträglicheres, gerechteres und umweltfreundlicheres Verhalten unterschrieben hatten, eine Welthandelsorganisation (WTO) in Marrakesch. Deren Ziele beschäftigen die Mächtigen seitdem weit mehr, als die lästigen Themen Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit. „Rio“ war damit gechlagen. Die Europäer hatten zu tun mit ihrem wirtschaftlichen Zusammenwachsen, die Deutschen mit der Wiedervereinigung. Fünf Jahre nach Rio, auf der Nachfolgekonferenz in New York, sah die Bilanz der einst feierlich angekündigten Massnahmen denn auch kläglich aus, zehn Jahre später ist es nicht besser.

Eine wesentliche Ursache für

Welthandelsorganisation (WTO)

Die Welthandelsorganisation (WTO) ist die einzige Institution für international rechtlich verbindliche Handelsregeln. 1995 mit etwa 140 Mitgliedern gegründet, ersetzt sie das Welthandelsabkommen GATT (Global Agreement of Tariffs and Trade). Ziel ist der freie Fluss von Handelsgütern und Dienstleistungen. Aufgaben sind, Konflikte zwischen Mitgliedsstaaten zu lösen, nationale Handelspolitik zu überwachen, den Freihandel zu fördern und den Entwicklungsländern technische Hilfestellung zu geben. Die WTO hat die Macht transnationaler Unternehmen gestärkt; sie wird als Club der Reichen kritisiert, der nur seine eigenen Interessen verfolgt.

Regierungschefs in ihren Ländern meist den schwachen Ministerien, die sich gegen die „harten“ Ressorts nicht durchsetzen konnten. Umweltschutz, gerechtes und nachhaltiges Wirtschaften ist Nebensache, wenn es um Wirtschaftswachstum und die Position auf dem Weltmarkt geht. Die alte Politik des nicht nachhaltigen Wirtschaftens hat die Anliegen der Agenda 21 nicht ernst genommen. Zwar haben die Länder, die sich in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) zusammenschlossen, Leitsätze für multinationale Unternehmen aufgestellt. Deren Vorgaben für sozial- und umweltverträgliches Handeln werden im Ernstfall aber von den Unternehmen nicht eingehalten.

Doch je breiter die Diskussion in der Gesellschaft wird und je mehr Bürger nachhaltiges Wirtschaften fordern, desto mehr Unternehmen erkennen, dass es wirtschaftlich langfristig erfolgreicher ist, im Sinne der Umwelt zu handeln und nicht nur auf die begrenzten Ressourcen fossiler Brennstoffe zu setzen.



Mit dem ungehemmten globalen Handel werden die Reichen immer reicher, die Armen ärmer.

Global Compact

Kofi Annan, der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat unter diesem Namen eine Initiative gegründet, in der sich Unternehmen zu ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Prinzipien verpflichten. Dies geschieht freiwillig und ohne Kontrolle.

In Johannesburg sind die Unternehmen mit einer Lobby bei den „Major Groups“ vertreten, der Business Action for Sustainable Development (BASD). Ihr Ziel ist es, Regierungsunterstützung für freiwillige Verpflichtungen zu erreichen. Staatliche Regelungen lehnen sie ab.

ihre Vernachlässigung liegt darin, dass die Agenda 21 kein völkerrechtsverbindlicher Vertrag ist, der die Staaten zur Einhaltung von Regelungen zwingt.

Als Absichtserklärung hochgesteckter Ziele fühlen sich Staaten, Gemeinden und Unternehmen höchstens freiwillig und damit unverbindlich deren Zielen verpflichtet. Die Umsetzung der Agenda 21 überliessen die



Der Energiehunger der Ersten Welt braucht die Ressourcen aus der Dritten.

„Unser Wohlstandstil ist derzeit nicht zur Gerechtigkeit fähig“

MS: Was erwarten Sie von Johannesburg?

Sachs: In Johannesburg wird sich eine spannungsgeladene Situation aufbauen. Es wird ja zwei Konferenzen geben: Die Zusammenkunft der Regierungen und die der Zivilgesellschaft, der vielen Gruppen und Initiativen. Die Regierungsdiskussion läuft Gefahr, sich in Trivialitäten zu verlieren. Auf der anderen Seite besteht die Zivilgesellschaft darauf, dass es sich eigentlich um Aufgaben von historischer Dimension handelt, dass wir zwei Großkrisen der Welt vor Augen haben, die Naturkrise und die Armutskrise. Ich kann mir vorstellen, dass sich der Druck auf Regierungsvertreter so erhöht – wie dies ja in Rio der Fall war –, dass es in einigen Fragen, wie z.B. der erneuerbaren Energien zu einem Durchbruch kommt. Insgesamt ist Optimismus fehl am Platz. Die Tatsache, dass die USA jede Führungsqualität vermissen lässt, bringt uns in eine Situation, in der man sich nicht erwarten darf, dass es in globalen Regelungen in den nächsten Jahren einen Durchbruch gibt. Deshalb könnten Vereinbarungen unterhalb der globalen Ebene für die Zukunft günstigere Voraussetzungen bedeuten. Wie in einzelnen Partnerschaften zwischen Staaten, Unternehmen oder Nichtregierungsorganisationen oder Wissenschaft, also in der nicht offiziellen Politik. Man muss aber an dem Anspruch festhalten, dass die Gemeinschaft der Regierungen die Aufgabe hat, über Rahmenwerke und rechtliche Vereinbarungen dafür zu sorgen, dass das Gemeinwohl in der transnationalen Arena nicht zu kurz kommt.

MS: Welche Rolle kann die Wissenschaft spielen?

Sachs: Es gibt keinen direkten Weg von der wissenschaftlichen Einsicht zur politischen Umsetzung. Auch die Politik nutzt Wissenschaft nur soweit, wie es ihren Zielen nützlich ist. Aber ohne die Wissenschaft wären wir in den Klimaverhandlungen und in der gesamten öffentlichen Diskussion nicht so weit wie wir heute sind.

MS: Wie beurteilen Sie die Erfolge der Rio-Konferenz?

Sachs: Rio hat Erfolg gebracht in Prozessen, aber nicht in Resultaten. Es gibt heute kein Land mehr, dass keinen Um-

weltminister hat. Es sind Institutionen und Vertragswerke geschaffen worden, die nicht mehr wegzudenken sind. Aber in der Summe gesehen haben diese Prozesse nicht zu greifbaren Erfolgen geführt. Die Trendaussagen bei fast alle großen Kategorien der Umweltzerstörung zeigen weiterhin ins negative. Der wichtigste Grund dafür ist, dass zwei Jahre nach Rio dieselben Regierungen in Marrakesch die Welthandelsorganisation gegründet haben, um die Liberalisierung des Weltmarkts voranzubringen. Die Dynamik, die durch wirtschaftliche Globalisierung ausgelöst wird, steht im Kollisionskurs zur Politik der Nachhaltigkeit. Die wirkliche Agenda der Welt ist davon bestimmt worden, Marrakesch durchzusetzen, nicht Rio. Die paar Erfolge von Rio sind davon aufgeessen worden.

MS: Welche Ergebnisse wünschen Sie sich vom Gipfel?

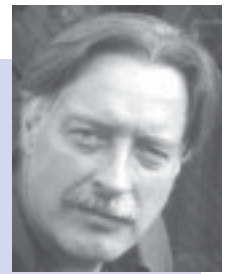
Sachs: Erstens, bis 2010 weltweit 15 Prozent erneuerbarer Energien an der Primärenergieproduktion zu realisieren – dieser Vorschlag für eine internationale Vereinbarung liegt bereits auf dem Tisch, zweitens den Abbau umweltschädlicher Subventionen. Heute haben wir ja die absurde Situation, dass mit Steuergeldern Umweltzerstörung finanziert wird. Drittens, dass Umweltverträge wie z.B. die Klimaverträge Vorrang vor Wirtschaftsverträgen haben. Viertens, eine Weltkommission für Öl-, Gasförderung und Bergbau, um die Rechte der Einwohner dieser Gebiete gegenüber den Industrien, die an deren Ressourcen wollen, zu sichern und anzuerkennen,

MS: Glauben Sie, dass die Regierungschefs nach Rio kommen, wenn es nichts zu feiern gibt?

Sachs: Ich glaube ja. Denn die Glaubwürdigkeit zu halten, wird immer schwieriger. Die Kluft zwischen der Rhetorik und den Geschehnissen wird immer größer. Würden die Regierungschefs nicht kommen, wäre dies schon ein implizites Eingeständnis der Irrelevanz. Das kann sich höchstens der amerikanische Präsident leisten. Aber auch ein Zusammenkommen vieler Regierungschefs garantiert ja noch nicht ein erfreuliches Ergebnis.

Wolfgang Sachs

Theologe und Soziologe, Wissenschaftler am Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie. Autor des Buches „Nach uns die Zukunft“ - Der Globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie (siehe Literaturhinweise S. XIX)



MS: Welchen Ausweg sehen Sie, dass in den Entwicklungsländern der nördliche Wohlstandstil nicht übernommen wird?

Sachs: Die bewusste Auseinandersetzung darüber verläuft im Süden anders als bei uns. Dort gibt es Kämpfe darüber, wie stark ländliche Gemeinschaften mit den Ressourcenansprüchen unter Druck gesetzt werden, wie stark man Staudämme bauen darf, oder in der Ölförderung vorangehen. Es dreht sich dort weniger um die Grenzen des Wohlstands. Jetzt allmählich gibt es die ersten Gruppen, die zur Verkehrsproblematik arbeiten. Solche Fragen der Reichtumsökologie kommen im Süden erst langsam auf. Dem Süden ist noch nicht klar, dass der nördliche Entwicklungsweg eine Sackgasse darstellt.

MS: Sind die Reichen fähig, nachhaltig zu werden?

Sachs: Möglich ist dies, wenn sie dazu willens sind. Im Moment sind sie politisch und kulturell so hilflos. Es braucht dazu einen ressourcenleichten Lebensstil. Unser Wohlstandstil ist derzeit nicht zur Gerechtigkeit fähig.

MS: Wieso werden ressourcenleichtere Lebensstile nicht umgesetzt, denn die Möglichkeit besteht ja schon.

Sachs: Das liegt am Widerstand der fossilorientierten Wirtschaft und Konsumenten. Die weitaus meisten der größten Unternehmen leben von der Ausbeutung fossiler Ressourcen: Öl-, Automobil- und Chemieindustrie. Die versuchen jede drastische Veränderung zu verschleppen, denn dies bringt hohe Kosten. Das Kernstück der Wirtschaft in Kanada, Australien und den USA ist der Ressourcenabbau in Öl, Gas und Bergbau. Das ist in Europa nicht der Fall. Deshalb kann Europa noch relativ ökologisch sein. Auf der anderen Seiten haben sich die Konsumenten an die alltägliche Macht gewöhnt, die uns fossiler Konsum gibt: Die Macht durch hohe PS-Zahlen, durch die Möglichkeit von Fernreisen, die alltägliche Macht des Konsumenten, von der er nicht so gerne lassen möchte.

Interview: Claudia Ruby und Andrea Reiche

Umweltschutz geht nicht ohne Entwicklung

Armut ist das größte Problem

Rio + 10

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer: Besaßen 1960 die Reichen 20 Prozent mehr als die Armen, waren sie 1997 schon über 70mal so reich wie ihr armer Mitweltbewohner (UNDP, Human Development Report 1999).

Von den 6 Milliarden Menschen auf der Erde leben 2,8 Milliarden – also fast die Hälfte – von weniger als zwei US-Dollar pro Tag und 1,2 Milliarden, also ein Fünftel, sogar von weniger als einem täglich. Von diesen 1,2 Milliarden Menschen leben wiederum 44 Prozent in Südasien. Über 800 Millionen Menschen leiden weltweit an Hun-

Poverty Reduction Strategy Papers

Strategiepapiere zur Bekämpfung der Armut sollen von den Ländern, die internationale Hilfe wollen, in möglichst breit angelegten, partizipativen Prozessen erarbeitet werden. Enthalten sollen sie eine Analyse des Charakters und der Bestimmungsfaktoren von Armut im jeweiligen Land sowie mittel- bis langfristige Ziele zu deren Bekämpfung. Sie sind die Voraussetzung für die Vergabe vergünstigter Kredite durch die Weltbank. Damit sollen die Länder ihre Bereitschaft zur Eigenverantwortung zeigen.

ger. Jeden Tag sterben 24.000 Menschen an den Folgen von Unterernährung. Drei Viertel davon sind Kinder unter fünf Jahren. Am stärksten betroffen von der Ernährungsunsicherheit sind Menschen in Teilen Asiens und in Ländern südlich der Sahara. In Afrika wird für die kommenden Jahre eine weitere Verschärfung der Situation prognostiziert – demnach werden dort über 50 Prozent der Menschen hungern. Dazu haben viele Ursachen geführt, eine der bedeutendsten ist aber die Verschuldung der armen Länder – die durch die Zinsen immer höher wird. Eine Entschuldungsinitiative für die am höchsten verschuldeten Länder schlug man 1999 auf dem Kölner G7/G8-Gipfel vor, im September akzeptierte die internationale Gemeinschaft, denjenigen Ländern Schuldenerlass zu ermöglichen, die sich zu Reformen und Bekämpfung der Armut bekennen.

Zudem verhindern die Subventionen der reichen Länder für die eigene Agrarwirtschaft, dass die Märkte den armen Ländern zugänglich sind und sie ihre Exportgüter absetzen können. Auf dem Milleniumsgipfel in New York 2000 setzte die Staatengemeinschaft sich das Ziel, die Zahl der extrem Armen bis 2015 zu halbieren. Dazu müsste laut Weltbank die Entwicklungshilfe verdoppelt werden.



1,2 Milliarden Menschen leben von weniger als einem Dollar pro Tag.



Quelle: Weltbank 2000s.

Die meisten Armen leben in Asien.

Entwicklungshilfe

0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts haben die Industrieländer den armen Nationen in Rio versprochen. Gehalten haben sie es nicht. Im Jahr 2000 zahlten die Industrieländer 5,2 Milliarden Dollar weniger als 1992, nämlich 35,1 Milliarden Dollar. Damit ging ihr Anteil der Entwicklungsausgaben von 0,35 auf 0,22 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurück. Die USA gibt 0,1 Prozent, die EU-Staaten haben im Frühjahr beschlossen, bis 2006 im Schnitt auf 0,33 Prozent zu erhöhen. Deutschland (derzeit: 0,27 Prozent, das sind 5,7 Milliarden Euro) ist der weltweit drittgrößte Geber. Die Schulden der Entwicklungsländer sind dagegen seit 1992 um 34 Prozent auf 2,5 Billionen Dollar gestiegen. Die ökologischen Schulden durch Ausbeutung, Raubbau, Zerstörung von Ressourcen, die die reichen Industrieländer bei den Entwicklungsländern haben würden sich auf 355 Billionen US-Dollar belaufen. Darüber wird nicht verhandelt.



So wie diese Familie aus Bhopal in Indien „wohnen“ immer mehr verarmte Menschen.

Fotos: BMZ, Heinzow

Artenvielfalt statt Gentechnik

Saatgut gehört in Bauers Hand

Es begann in den sechziger Jahren. Ein internationales Projekt wurde ins Leben gerufen um den Hunger in der „Dritten Welt“ zu bekämpfen.

Ziel der „Grünen Revolution“ war es, die industrielle Landwirtschaft in den Ländern der Dritten Welt einzuführen – mit ihren Hohertragsorten, dem ho-

Vandana Shiva

Die indischen Bauernfamilien trifft die Patentierung von Saatgut und die Praxis transnationaler Konzerne wie Monsanto besonders hart, da sie zu den ärmsten und kinderreichsten der Welt gehören.

Die promovierte Quantenphysikerin Vandana Shiva hat sich dem Kampf um den Erhalt des indischen Artenreichtums und der traditionellen Strukturen, die den Bauern ausreichende Ernährung und ein Leben in Würde ermöglichen, verschrieben. Als Hüterin der Pflanzenvielfalt wacht sie besonders über Erhalt und Verfügbarkeit traditioneller Pflanzen. So verhinderte sie die Patentierung des Neem-Baumes, den die Inder seit Jahrtausenden als Allheilmittel einsetzen.

„Es sind Frauen und kleine Bauern, die mit Artenvielfalt arbeiten, die die eigentlichen Essensversorger in der Dritten Welt sind, und im Gegensatz zur herrschenden Meinung, sind ihre auf Artenvielfalt gegründeten kleinen Höfe produktiver als industrielle Monokulturen.“

(BBC Reith Lectures 2000)



Vandana Shiva bei der Verhandlung gegen das Patent auf den Neem-Baum vor dem Europäischen Patentamt.

hem Dünger- und Pestizideinsatz sowie der maschinellen Bodenbearbeitung. Und in der Tat brachten die neuen Sorten in kurzer Zeit gute Erträge und konnten in manchen Regionen die Versorgung der Bevölkerung verbessern. Doch die „Grüne Revolution“ hat ihre Schattenseiten und ihre Verlierer sind die Bauern der Dritten Welt. Denn seit der „Grünen Revolution“ gilt die traditionelle Landwirtschaft als rückständig und wird zurückgedrängt. Die Bauern werden angewiesen, nicht mehr für ihre eigene Existenz, sondern für einen Weltmarkt zu produzieren. Seitdem werden nur noch wenige verschiedene Sorten wie Mais, Weizen und Soja angebaut. Traditionelle Sorten werden verdrängt und auch das traditionelle Wissen und somit die Eigenständigkeit der Bauern gehen immer weiter verloren. Durch den Einsatz von Hybridsaatgut (das nicht fortpflanzungsfähig ist) können die Bauern nicht länger einen Teil ihrer Ernte für den nächsten Anbau nutzen. Sie müssen jedes Jahr von der Industrie neues Saatgut kaufen. Nicht aus allen Pflanzensorten (z.B. Soja) lassen sich Hybridpflanzen züchten. Doch auch hier hat die Industrie ein Patentrezept in der Hand, sich die Anbaukontrolle zu sichern: Seit 1995 erlaubt die Welthandelsorganisation (WTO) die Patentierung von gentechnisch veränderten Pflanzen. In den Ländern, in denen solch eine Patentregelung nicht greift oder nicht kontrollierbar ist, soll nach dem Willen der amerikanischen Umweltbehörde USDA die sogenannte Terminator-Technologie ihren Einsatz finden. Als Krönung der Kontrolle werden die Pflanzen mit Hilfe der Gentechnologie so umprogrammiert, dass sie nur noch Samen produzieren, die nicht mehr keimfähig sind. Auch ein heimlicher Anbau ist dann nicht mehr möglich. Bis jetzt darf nur das US-Unternehmen Delta & Pine Land diese Technologie nutzen. Der erste Freisetzungsantrag mit Terminator-Saatgut liegt bereits bei der USDA vor. Mit Hilfe von Genbanken, Grüner Revolution, Gentechnologie und Patenten

haben diese Firmen biologische Ressourcen der Erde übernommen.

*Susanne Schreckenberg
Umweltinstitut München e.V.*



Reis ist Hauptnahrungsmittel in den meisten Ländern der Welt. Eine Patentierung von Sorten lässt den Bauern keine Chance auf eigene Nachzucht.

Biologische Vielfalt

10.000 bis 30.000 Arten sterben jährlich aus. Im Februar stellte das Worldwatch Institute fest, dass die Zerstörung natürlicher Lebensräume unsere Zeit als eine Ära der Massenausrottung, wie sie seit 65 Millionen Jahren nicht mehr vorgekommen ist, charakterisiert. (www.worldwatch.org)

In Rio wurde deshalb das Abkommen zur Biologischen Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD) als weltweite Vereinbarung zum Erhalt der Arten der Erde geschaffen. Dies beinhaltet alle lebenden Organismen inklusive der Vielfalt der Ökosysteme als auch die genetische Vielfalt der Arten. Insbesondere ist hier auch die wirtschaftliche Nutzung mit einer gerechten Verteilung der Gewinne geregelt. 1992 in Rio verabschiedet, 1993 in Kraft getreten, sind bisher 180 Staaten und die Europäische Union beigetreten. www.biodiv.org

Fotos: Fleissner, www.visitpix.com

Wem gehört es?

Wasser – Grundstoff
allen Lebens„Die Kriege der Zukunft werden um
Süßwasser geführt“

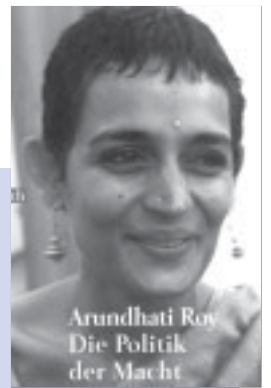
Valli Moosa, südafrikanischer Umweltminister

Süßwasser ist auf der Welt von Natur aus sehr ungleichmäßig verteilt, doch haben sich die Menschen erfindungsreich auf die lokalen Bedingungen einzustellen gewusst. Industrialisierungsprozesse, Bevölkerungswachstum, Migrationsbewegungen und die Ausdehnung von Welthandel und Kapitalverkehr überlagern jedoch den angepassten lokalen Umgang mit Wasser immer mehr. Verschärfend kommen die weltweit voranschreitende Übernutzung und Schädigung der aquatischen Ökosysteme hinzu, die weitreichende, zum Teil irreversible Beeinträchtigungen der Süßwasserressourcen verursachen. In den Ländern des Südens folgt die Wassernutzung oftmals einem von außen auferlegten Wachstumsmodell, das die bereits vorhandene Verknappung

und Endlichkeit der Ressourcen weitgehend ignoriert. Die daraus entstehenden Probleme werden verschärft, weil in Ländern des Südens aufgrund wirtschaftlicher, politischer, kultureller und technologischer Abhängigkeiten von Ländern des Nordens keine nachhaltige, d.h. am Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und den Interessen der Bevölkerung orientierte Politik entwickelt wird. Dies auch wegen sogenannter ungleicher Entwicklung, fehlender Teilhabe der Bevölkerungsmehrheit an Entscheidungsprozessen sowie Mangel an sozialer Gerechtigkeit. Weitere Aspekte wie Bevölkerungswachstum, Urbanisierungsprozesse, wasserintensive wirtschaftliche Tätigkeit und mangelnder Technologietransfer verschärfen das Problem.

Aus dem Positionspapier des Forum Umwelt und Entwicklung zur Bonner Wasserkonferenz, Netzwerk unser Wasser

Arundhati Roy



„Man baute nicht nur neue Dämme und

neue Bewässerungssysteme, man entzog den Dorfgemeinschaften auch die Kontrolle über die kleinen traditionellen Bewässerungssysteme, mit denen sie seit Jahrtausenden gewirtschaftet hatten. Große Dämme sind veraltet, nicht mehr zeitgemäß. Sie sind undemokratisch. Sie sind ein Mittel des Staates, immer noch mehr Macht an sich zu rafeln (durch die Entscheidung, wer wie viel Wasser bekommt und wer was wo anbaut). Die Folge ist, dass die Bauern mit ihrem Wissen nichts mehr anfangen können. Man nimmt den Armen dreist Wasser, Land und Bewässerung weg und schenkt es den Reichen. Die Stauseen machen ganze Völker heimatlos und stürzen sie ins Elend.

Auch ökologisch sind die Dämme in Misskredit geraten. Sie machen das Land unfruchtbar. Sie verursachen Überschwemmungen, Versumpfung und Versalzung, und sie bewirken die Ausbreitung von Krankheiten. Es mehren sich die Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen Staudämmen und Erdbeben.“

Indien begann in den 50er Jahren Dämme zu bauen, heute hat es 40 Prozent der weltweiten Stauseen und rund 3600 Dämme, die als groß gelten.

Die preisgekrönte indische Schriftstellerin („Der Gott der kleinen Dinge“) und Architektin Arundhati Roy kam an den Narmada-Fluß, um eine Story zu suchen. Seitdem engagiert sie sich im Kampf gegen die geplante Stauung des Flusses.

Arundhati Roys politische Essays sind erschienen im btb-Verlag: „Die Politik der Macht“, 314 Seiten, 8 Euro



Im Sarovar-Damm sind bei der Stauung der Narmada auch alte Heiligtümer untergegangen.

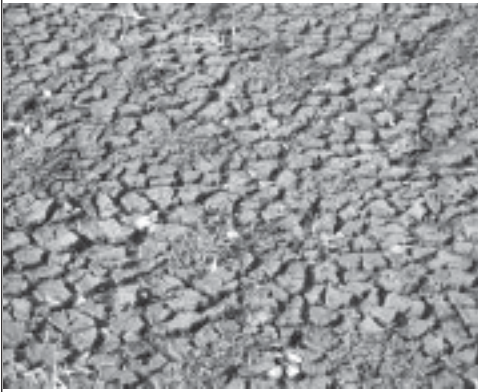
Sauberes Wasser kein Menschenrecht?

Bereits heute leben laut Weltgesundheitsorganisation über eine Milliarde Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser. Dazu kommt, dass nur fünf Prozent der Abwässer gereinigt werden, was zur Ausbreitung von Krankheiten führt. Auf der Internationalen Süßwasserkonferenz in Bonn 2001 wurde eine „Weltwassercharta“ vorgeschlagen, die das Menschenrecht auf Wasser festzuschreiben soll.

Die Privatisierung von Wasser ist nicht nur in den armen Ländern eine Bedrohung für die Bevölkerung. Auch in wohlhabenden Staaten werden Wasserbetriebe vom Staat oder den Gemeinden verkauft. Die Gefahr einer Verteilung des lebenswichtigen Nasses nach Zahlungsfähigkeit und niedrigere Hygienestandards sind zu befürchten, wenn die Wasserwirtschaft aus öffentlicher in die private Hand übergeht, die gezwun-

gen ist, sich nach dem Markt zu richten oder die Versorgung als Monopol weiterführt – ohne dass die Kommunen aber Einfluß auf Qualität oder Preis des Wassers hätten.

Als eines der wichtigsten Themen auf dem Weltgipfel von Johannesburg muss das Recht auf sauberes Wasser und die Sicherstellung der Versorgung für arme Bevölkerungsgruppen verhandelt werden.



Trockene Böden sind ein immer größer werdendes Problem für die Dritte Welt.

Bis 2032 wird fast 72 Prozent der weltweiten Landfläche durch Straßen, Städtebau und Bergwerke beschädigt sein – das haben die Autoren des dritten Berichts (GEO-3) des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) errechnet, der die Umweltveränderungen der letzten 30 Jahre untersucht.

Rund 140.000 Quadratkilometer Wald gehen pro Jahr der Welt verloren, das ist zweimal die Fläche Bayerns. Auch die Anbaufläche für Getreide ist weltweit von 736 Millionen Hektar 1981 um acht Prozent auf 677 im Jahr 1993 zurückgegangen. Nahezu 47 Prozent der Erdoberfläche haben die Menschen

allein in den letzten 150 Jahren verändert – in meist destruktiver Weise. Besonders Südostasien, das Kongobecken und Teile des Amazonas sind davon betroffen. Die Experten der UNEP schätzen, dass 48 Prozent dieser Regionen im Jahr 2032 Felder, Plantagen und Städte sein werden, heute sind es 22 Prozent.



Damit die Wüste nicht in ihre Dörfer kommt, müssen diese Frauen aus Turkmenistan die Dünen mit Anpflanzungen befestigen.

Falsche Zahlen verdecken den Artenschwund

Wälder sind keine Plantagen

Welche Auswirkungen hatte die Rio-Konferenz auf die Zerstörung der Wälder?

Wurde der Kahlschlag gestoppt, oder zumindest verlangsamt? Im März 2001 stellte die Welternährungsorganisation FAO ihre jüngste Bestandsaufnahme zum Zustand der Wälder der Öffentlichkeit vor:

- Wälder bedecken mit 3,866 Milliarden Hektar fast ein Drittel der Landfläche der Erde. 5 Prozent davon sind Plantagen.
- In den 90er Jahren gingen insgesamt 94 Millionen Hektar Wald verloren, das sind 2,4 Prozent der Waldfläche von 1990. Zum Vergleich: Deutschland ist 37 Millionen Hektar groß. Demnach wäre die jährliche Entwaldungsrate spürbar zurückgegangen, denn in den achtziger Jahren war sie noch mit etwa 12 Millionen Hektar angegeben worden. Aber das ist nicht der Fall. Denn in den Bericht sind die riesigen Ölpalmen-Plantagen, die insbesondere in Malaysia und Indonesien

mehrere Millionen Hektar Fläche bedecken, als „Wald“ eingegangen. Neue Plantagen, die jedes Jahr auf einer Fläche von mehr als drei Millionen Hektar angelegt werden, verrechnet man mit dem Verlust der gleichen Fläche an artenreichen Naturwäldern. Für viele Plantagen werden sogar artenreiche Naturwälder gerodet! Der Gesamtwaldverlust (inklusive der Umwandlung in Plantagen) beläuft sich damit auf 16,1 Mio. ha pro Jahr. Die Umwandlung für landwirtschaftliche Zwecke war in den 90er Jahren für 70 Prozent der Waldverluste verantwortlich. Nach wie vor ist Raubbau, illegaler Holzeinschlag und Holzschmuggel an der Tagesordnung. Und viele dieser Raubbau-Hölzer landen auch bei uns in Deutschland.

László Maráz

Der Autor ist Mitarbeiter von Pro REGENWALD und Koordinator der Arbeitsgruppe Wald im Forum Umwelt und Entwicklung.
www.forumue.de

Bodenkonvention

Auf der Rio-Konferenz wurde die **Internationale Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation** ins Leben gerufen (United Nations Convention to Combat Desertification - UNCCD). Desertifikation bedeutet die Zerstörung von Boden, Wasser und Vegetation durch Austrocknung und Abholzung. Durch dieses internationale Vertragswerk wurden erstmals ein gemeinsames Verständnis der Desertifikationsproblematik sowie Grundsätze, Ziele und Schwerpunkte eines weltweit abgestimmten Handelns zur Bekämpfung der Desertifikation festgelegt. Seit dem Inkrafttreten der Konvention 1996 haben sich ihr 176 Länder angeschlossen.

Walderklärung

In Rio konnte kein internationales Abkommen über den Umgang mit Wäldern erzielt werden. Stattdessen wurde eine **Waldgrundsatzklärung** als Teil der Rio-Deklaration formuliert. Sie hat zwar keine völkerrechtliche Bindungswirkung, dennoch formuliert die Erklärung einen internationalen, forstpolitischen Grundkonsens über Bewirtschaftung, Erhalt und nachhaltige Entwicklung der Wälder. Auch Kapitel 11 der Agenda 21 bezieht sich auf den schonenden Umgang mit den Wäldern der Erde.

Wie schlimm ist es wirklich?

Klima im Wechsel

Sogar amerikanische Wissenschaftler, die das lange verneinten, haben es vor einigen Monaten öffentlich bekannt gegeben: Der Mensch verursacht eine Erwärmung des Klimas durch Gase, die bei der Verbrennung von Öl, Kohle und Gas entstehen.

Schon länger befürchtet dies die Internationale Klimakommission (International Panel on Climate Change IPCC), 1988 von den Vereinten Nationen gegründet, um die Vorgänge rund ums Klima zu erforschen. 2001 hat sie in ihrem dritten Bericht folgendes festgestellt:

1. Der Klimawandel findet bereits statt und stört – in manchen Fällen schwerwiegend – natürliche Rhythmen wie die Wanderung von Tieren, die Blütezeiten der Pflanzen und die Lebenszyklen von Insekten.
2. In Zukunft werden Ernten in den Tropen großflächig und teilweise katastrophal zurückgehen, wodurch sich die Hungersnöte in Afrika wieder verschlimmern.
3. Viele Krankheiten werden sich ausbreiten. Sowohl Malaria als auch Dengue-Fieber werden nach Europa und

Nordamerika zurückkehren.

4. Bis 2080 könnten bis zu 200 Millionen Menschen jährlich durch Sturmfluten bedroht werden.
5. Viele Millionen Menschen, die in Küstengebieten, Flussdeltas und auf kleinen Inseln leben, werden durch den Anstieg des Meeresspiegels wahrscheinlich heimatlos.
6. Die Häufigkeit von Waldbränden könnte weltweit deutlich zunehmen. Betroffen wären alle Gebiete vom Himalaja bis in den afrikanischen Busch, von Sibirien bis Südfrankreich.
7. Die „am weitesten verbreitete“ Gefahr für menschliche Ansiedlungen sind Überschwemmungen und Erdbeben, ausgelöst durch die voraussichtliche Zunahme der Regenmengen und den Anstieg des Meeresspiegels.
8. Der weltweite Wasserkreislauf wird sich radikal verändern. Wo Wasser gebraucht wird, verschwindet es, wo es reichlich vorhanden ist, kommt mehr dazu und verursacht Chaos.
9. Die jährlichen Verluste der Wirtschaft durch Klimakatastrophen haben sich von 1950 bis 1999 verzehnfacht auf 40

Das Kioto-Protokoll

wurde auf der Dritten Konferenz der Vertragsstaaten der Klimakonvention 1997 in Japan beschlossen. Es legt international verbindliche absolute Obergrenzen für den Ausstoß (Emission) von Treibhausgasen fest, der für den Klimawandel verantwortlich ist. Im Zeitraum von 2008 bis 2012 sollen die Industriestaaten ihre gemeinsamen Emissionen um fünf Prozent gegenüber 1990 senken. Damit das Kioto-Protokoll in Kraft treten kann, müssen 55 Staaten, die für 55 Prozent der Emissionen im Jahr 1990 verantwortlich waren, ratifiziert haben. Bisher haben dies 74 Länder mit zusammen 36 Prozent Emissionen getan. Die USA wird das Protokoll nicht ratifizieren (25 Prozent des Gesamtausstoßes), Kanada und Russland sind unsicher. Deutschland und die EU haben am 31. Mai die Urkunden bei der UNO in New York hinterlegt. Deutschland hat bisher 18,7 Prozent Schadstoffausstoß im Vergleich zu 1990 reduziert. Bis 2008/2012 sollen es 21 Prozent sein. Geholfen hat dabei der Zusammenbruch der DDR.

Milliarden US-Dollar. Sehr viel größere Schäden sind zu erwarten.

10. Eine Wanderung von Ökosystemen wird kaum möglich sein. Die meisten derzeit stark gefährdeten Arten werden aussterben, die momentan gefährdeten Arten werden noch stärker bedroht.

Zertifikate für Emissionen

Handel mit Luftverschmutzung

Roland Geres ist Geschäftsführender Gesellschafter der FutureCamp GmbH. Das an Manesmann angegliederte Unternehmen entwickelt neue Geschäftsideen und -konzepte, hauptsächlich in den Bereichen Klimaschutz-Projekte, Emissions-Handel, Wasserversorgung und Methoden-Kompetenz zum Thema strategisches Innovations-Management.

MS: Bisher durfte jeder kostenlos Schadstoffe in die Luft pusten. Was bedeutet Emissionshandel für den Umweltschutz?

Geres: Unternehmen erhalten einen monetären Anreiz, Emissionen zu verringern. Die einen, um möglichst geringe Kosten zu haben, die anderen, um zusätzliche Erträge zu erwirtschaften.

MS: Wer handelt mit welchen Emissionen?

Geres: Nach dem Kioto-Protokoll können Staaten mit Emissionsrechten un-

tereinander handeln, aber auch über Investitionen in projektbezogene Maßnahmen wie Joint Implementation (Projekte zwischen Industriestaaten, z.B. Deutschland und Russland) und Clean Development Mechanism (Projekte zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern, z.B. Deutschland und Brasilien) Emissionsgutschriften erwerben. Wo die Emissionen verringert werden, ist egal, weil die Treibhausgase (v.a. Kohlendioxid) global wirken und nicht lokal. Deswegen ist es sinnvoll, die Emissionen dort zu verringern, wo es am kostengünstigsten ist. Gehandelt werden nach dem Kioto-Protokoll insgesamt sechs Treibhausgase, die in einem Anhang zum Protokoll festgeschrieben sind. Die wichtigsten sind Kohlendioxid und Methan. Die Unternehmen erhalten eine Höchstmenge an



Bei diesen Vergleichsbildern der Gesellschaft für Ökologische Forschung wird deutlich, wie der Gletscher im Kaunertal in Tirol seit 1904 (oberes Foto) bis zum Jahr 2000 (unteres Foto) abgeschmolzen ist. Weitere Vergleiche: www.gletscherarchiv.de

Auf Öl gebaut

Energie der Reichen

erlaubten Emissionen. Für die Mengen werden den Unternehmen Emissionsrechte zugeteilt (zunächst kostenlos), die handelbar sind. Wer mehr emittiert als erlaubt, muss Rechte zukaufen. Wer mit weniger Emissionen auskommt, kann überschüssige Rechte verkaufen. Außerdem erhalten alle Technologien, die wenig oder gar kein Kohlendioxid emittieren, einen Vorteil gegenüber stark emittierenden Technologien. Davon werden insbesondere Energieeffizienztechnologien und erneuerbare Energien profitieren.

MS: Das Recht auf eine bestimmte Menge an Schadstoffausstoß kann per Zertifikat ge- oder verkauft werden. Wer bestimmt den Preis?

Geres: Der Preis bildet sich auf dem Markt. Eine wichtige Größe wird die Zielsetzung sein, also die Festlegung bis zu welchem Jahr welche Höchstmenge eingehalten werden muss. Das ist eine politische Entscheidung, die international und in der EU auf Staaten bezogen bereits getroffen wurde.

MS: Wer kontrolliert den Handel und bestraft Missbrauch?

Geres: International wird der Handel von der Vertragsstaatenkonferenz und den von ihr eingesetzten Aufsichtsbehörden kontrolliert. Diese sind beim Klimasekretariat der Vereinten Nationen in Bonn angesiedelt. In den Klimakonferenzen wurden auch Sanktionen bei Vertragsverstößen festgelegt. In der EU soll ein zentrales Register eingerichtet werden. In der EU-Richtlinie sind Strafgehalte für Unternehmen bei Verstößen festgelegt.

MS: Wann wird mit Emissionen gehandelt werden?

Geres: International hat es schon lange begonnen, Deutschland hinkte der Entwicklung hinterher. Seit 2000 können Projekte in Entwicklungsländern durchgeführt werden, die Weltbank kauft seit zwei Jahren Emissionsminderungen aus Projekten, die Niederlande tun dies ebenfalls seit letztem Jahr, in Großbritannien und Dänemark wird bereits gehandelt, um nur einige Beispiele zu nennen. In der EU soll der Handel 2005 beginnen.

Roland Geres

FutureCamp GmbH,
Chiemgaustr. 116
D - 81549 München

Tel: 089-8 008 -330, Fax 089-68 008 -333,
info@future-camp.de, www.future-camp.de

Spätestens seit der Ölkrise der siebziger Jahre ist es Politikern und Verbrauchern bekannt, dass die Erdölvorräte zur Neige gehen.

Genauer gesagt sind es die hochwertigen (Light Oils) und kostengünstig gewinnbaren Erdölreserven. Auf ihrer Suche nach dem Nachschub für diesen fossilen Energieträger müssen sich die Ölfirmen nun auch mit minderwertigen Schwerölsorten (Heavy Oils) zufrieden geben. Schweröle enthalten zwar mehr Teer, Schwefel und Schwermetalle. Doch steigende Preise sorgen dafür, dass sich auch diese Ölvorkommen gewinnbringend fördern lassen.

So wurden die Ölsucher auch im Regenwald Südamerikas fündig: Im östlichen Amazonasbecken, am Rande des Andengebirges. Genauer gesagt, in den Regenwäldern Perus und Ecuadors. Damit das Öl seinen Weg in die Zapfsäulen findet, braucht man Ölpipelines, Hunderte Kilometer lange Rohrleitungen, die das Erdöl zu den Raffinerien und Häfen an der Pazifikküste bringen.

Da so eine Pipeline recht teuer ist, brauchen die

Firmen viel Geld. Im Fall der neuen Ölpipeline in Ecuador borgt man sich das Geld – 1,1 Milliarden Dollar – von der Westdeutschen Landesbank in Düsseldorf (WestLB). Millionen von Sparern wollen ihr Geld wachsen sehen. Doch auch Geld wächst nicht so einfach auf der Bank: Die Zinsen, die von den Ölfirmen für den Milliardenkredit bezahlt werden sollen, sprudeln sozusagen aus dem Regenwald.

Umweltorganisationen und andere Initiativen in Ecuador protestieren gegen das Projekt, weil die zu erwartenden Lecks und Unfälle ganze Regionen zu vergiften drohen. Nicht nur im Regenwald, sondern auch in Trinkwasserschutzgebieten, Siedlungen und Feldern versickern oft große Mengen von Erdöl.

In Deutschland haben Organisationen wie Rettet den Regenwald, Greenpeace und Pro REGENWALD die WestLB aufgefordert, das Projekt zu stoppen. Die Bank behauptet, sie würde die Umweltstandards der Weltbank einhalten. Doch das Gegenteil ist der Fall: In einem Brief an den Pipeline-Betreiber und die WestLB distanziert sich die Weltbank von dem Vorhaben. Sie sieht sogar ein Naturschutzprojekt gefährdet, das durch die Weltbank selbst finanziert wird. Durch den Bau der Pipeline entstünden „große Umweltgefahren“, die zu einer Zerstörung wertvoller Schutzgebiete mit seltenen Tierarten führen könnten, schreibt die Weltbank. Durch den Bau neuer Zufahrtswege seien weitere Rodungen und Brände zu befürchten. Zudem sei eine Verseuchung durch Öl möglich, weil die Pipeline durch erdbebengefährdetes Gebiet führe. Zehn Jahre nach Rio finanziert eine deutsche Großbank, die zu 43 Prozent



Erdölförderung in Kalifornien im Jahre 1932

dem Land Nordrhein-Westfalen gehört, in die fossile Energie-Infrastruktur, statt in zukunftsweisende erneuerbare Energiequellen zu investieren. Dabei trägt gerade sie als das größte öffentlich-rechtliche Kreditinstitut in Deutschland eine besondere Verantwortung für einen sorgsameren Umgang mit der Umwelt und die Beachtung von Menschenrechten weltweit.

László Maráz

Pro REGENWALD
Frohschammerstr. 14
D-80807 München
Tel.: 089-359 8650, Fax: 089-359 6622
e-mail: info@pro-regenwald.de
www.pro-regenwald.org



Wer das Geld hat, hat die Macht

Wer regiert die Welt?

Große Banken, Konzerne, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds – so stand es vor einigen Jahren in der Financial Times.

Dabei waren nach dem zweiten Weltkrieg in Bretton Woods Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IMF) gegründet worden, um die internationale Wirtschaft stabiler zu machen. Heute ist die Weltbank als eine der mächtigsten Finanzinstitutionen der größte Geldgeber für Entwicklungshilfe. Allerdings



Banken steuern die globalen Geldflüsse

Joseph Stiglitz

ehemaliger Chefökonom der Weltbank, kritisiert den Internationalen Währungsfonds in seinem neuen Buch „Die Schatten der Globalisierung“. Der Wirtschafts-Nobelpreisträger 2001 stellt mit zahlreichen Beispielen die mißlungene Politik des IWF bei der Asienkrise oder bei Krediten für Russland dar. Der IWF versuche „mit engstirnigen wirtschaftlichen Standardrezepten den Lauf der Geschichte zu ändern“ und sei dabei eines der größten Hindernisse für die Entwicklungsländer. Die Programme seien eine „sonderbare Mischung aus Ideologie und schlechter Ökonomie.“ In einem taz-Interview (4. April 2002) sagte er: „Oberdrein missbraucht der IWF die Kredite für politische Zwecke.“ Russland hätte z.B. 1998 einen Fünf-Milliarden-Dollar-Kredit bekommen, „weil die westlichen Länder wollten, dass Boris Jelzin an der Macht bleibt“.



Joseph Stiglitz:
Die Schatten der Globalisierung
Siedler-Verlag Berlin, 303 Seiten, 19,90 Euro

sind die Kredite an Auflagen in der Wirtschaftspolitik gebunden: nämlich, den Markt sich selbst regulieren zu lassen. Dies führte Empfängerländer oft in Rezession und Verarmung. Auch hat sich die Weltbank an Projekten beteiligt, die Menschenrechte und Umweltschutz missachten (Staudämme). Zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds entscheidet die Weltbank über die Wirtschaftspolitik von 75 meist armen Staaten. Der Internationale Währungsfonds überwacht und koordiniert dabei als zentrale Institution die Währungen und leiht Geld an diejeni-

Umweltzerstörung mit Steuergeldern

Wenn der Staat Exporte versichert

Der diesjährige Monsun wird die alte indische Handelsstadt Tehri wohl teilweise im Wasser versinken lassen, ebenso wie etliche umliegende Dörfer.

Schuld daran ist die bereits teilweise fertiggestellte Staumauer, die den Bha-girathifluss im Himalaya in den höchst umstrittenen Tehri-Staudamm umwandeln soll. Dafür müssen rund 100.000 Menschen umgesiedelt werden. Die Wirtschaftlichkeit des Dammes ist höchst fragwürdig, fruchtbares Land und historische Denkmäler werden in den Fluten versinken und gegen die Betreiber-gesellschaft wird wegen Korruption ermittelt. Das Projekt ist alt und bereits lange umstritten. Der Widerstand dagegen erzwang mehrere Untersuchungskommissionen, die z.T. aus wirtschaftlichen sowie ökologischen Überlegungen von der Fertigstellung abrieten. Die Umsiedlung läuft schleppend, einige der Dorfgemeinschaften, die von diesem Monsun bereits überflutet werden, wissen noch gar nicht, dass sie vom Staudamm betroffen sind und haben keinen Ort, an den sie ausweichen könnten.

Zur Fertigstellung des Projektes trägt auch eine Lieferung aus Deutschland bei: Siemens baut die Schaltanlage, die den Strom aus dem Staudamm verteilen soll. Diesen Export läßt sich Siemens von der Bundesregierung durch eine Hermesbürgschaft absichern. Staatliche

Transnationale Konzerne

Sie haben eine größere Wirtschaftskraft als viele Nationalstaaten, ihr Firmensitz ist verlegbar: je nachdem, wo es billiger für die Riesenkonzerne ist und die Auflagen geringer sind. Schwer kontrollierbar, entziehen sie sich der Verantwortung für die Folgen ihres Handelns. So können sie für viele Umweltschäden nicht haftbar gemacht werden – wie etwa jene australische Bergbaufirma, die in Ungarn vor einigen Jahren ein großes Fischsterben verursachte.

gen seiner 183 Mitgliedsstaaten, die in Zahlungsschwierigkeiten sind. Auf der Frühjahrstagung stellte Weltbankpräsident Jim Wolfensohn erstmals eine Bildungskampagne in Aussicht. Damit soll dem Ziel, die Zahl der Armen bis 2015 zu halbieren, näher gekommen werden.

Hermesbürgschaften sind ein bedeutendes Instrument der bundesdeutschen Exportförderung, sie spielen im internationalen Wettbewerb um Exportaufträge eine wichtige Rolle. Abgesichert werden die Ausfuhren einheimischer Firmen gegen politische und wirtschaftliche Risiken: falls der Empfänger einer Exportlieferung nicht zahlen kann, übernimmt der Staat die Kosten der Firma. Damit sollen Exporte in „schwierige Märkte“ gefördert werden.

Diese Absicherung ermöglicht immer wieder auch strittige und zerstörerische Projekte, neben Megastaudämmen z.B. Zellstoffwerke, Atomkraftwerke oder Rüstungsexporte. Daher fordert seit 1997 ein breites Bündnis von Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen, die Vergabe von Hermesbürgschaften an verbindliche Umwelt- und Sozialstandards zu knüpfen und zu überprüfen, ob geförderte Projekte mit den entwicklungs- und umweltpolitischen Zielen der Bundesrepublik übereinstimmen. Aktuell fühlt die Hermesbewegung-Dich Kampagne den BundestagskandidatInnen auf den Zahn, wie weit sie sich in der kommenden Legislaturperiode für eine Reform der Aussenwirtschaftsförderung einsetzen wollen.

Regine Richter, urgewald

www.hermes-beweg-dich.de/
www.urgewald.de/www.weedbonn.org

Lösungsvorschläge

Steuern auf globale Güter

MS: Was ist das Problem beim freien Handel über Grenzen?

Mittler: Handel an sich ist nichts schlechtes. Aber, das Volumen des internationalen Handels ist zu groß. Die vielen Laster und Transportflugzeuge hält unser Klima nicht mehr aus. Da Transportkosten zu billig sind, wird auch vieles unnötig gehandelt. Braucht ein Apfelland wie Deutschland wirklich Äpfel aus Neuseeland? Ein Drittel des Welthandels ist der Austausch ähnlicher Produkte – Apfel gegen Apfel, Keks gegen Keks. Das ist doch absurd. Außerdem sind die Regeln des sogenannten „Freihandels“ häufig in Wahrheit unfair und diskriminieren die Entwicklungsländer.

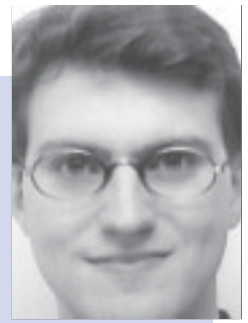
MS: Welche Vorschläge gibt es, wirtschaftliche Globalisierung in sozial und ökologisch verträglichere Bahnen zu lenken?

Mittler: Der berühmteste Vorschlag ist die Tobin-Steuer – eine Abgabe auf Finanzspekulationen, die das wilde Rennen des Geldes um den Globus eindämmen könnte. Der BUND fordert eine solche Steuer. Gleichzeitig müssen endlich

global verbindliche Regeln für die globale Wirtschaft festgelegt werden. Das kann im Rahmen einer Vereinbarung der Vereinten Nationen geschehen. Multinationale Unternehmen haben international viele Rechte. Es ist Zeit, ihnen auch die dazugehörigen Pflichten aufzuerlegen.

MS: Was muss in Johannesburg getan werden, um die Forderungen von BUND und Friends of the Earth zu erfüllen?

Mittler: Johannesburg bietet Regierungen die Chance, der wirtschaftlichen Globalisierung Grenzen zu setzen. Deswegen sollte in Johannesburg eine UN-Konvention zur Unternehmensverantwortung auf den Weg gebracht werden. Außerdem müssen die Regierungen klar machen, dass Umweltabkommen immer Vorfahrt vor Handelsabkommen haben. Darüber hinaus brauchen wir konkrete Ziele für den Globalen Umstieg auf erneuerbare Energien und für den fairen



Daniel Mittler

Fachreferent für internationale Umweltpolitik des BUND – Friends of the Earth Germany und Koordinator der „Rio+10“ Kampagne von Friends of the Earth International, Berlin, email: daniel.mittler@bund.net.

Zugang zu Wasser für alle. Hier erwarten wir das besondere Engagement der Bundesregierung.



Steuern auf die Nutzung der Meere: Das ist auch ein Vorschlag zur nachhaltigen Entwicklung der Welt.

Kritiker der Globalisierung Eine neue soziale Bewegung

Eine der interessantesten und erfolgreichsten zivilgesellschaftlichen Projekte im Rahmen der globalisierungskritischen Bewegung ist die internationale Attac Bewegung.

Attac versteht sich keineswegs als Gegner der Globalisierung. Ausgangspunkt der Programmatik von Attac ist eine Kritik an den bisherigen Ergebnissen des Globalisierungsprozesses: Das Versprechen, die Globalisierung bringe Wohlstand für alle, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil – die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Allerdings richtet sich die Kritik nicht grundsätzlich gegen die Internationalisierung von ökonomischen, politischen und kulturellen Beziehungen. Vielmehr wird eine Globalisierung, die sich nur an mächtigen

Wirtschaftsinteressen orientiert, quasi neoliberal deformiert ist, abgelehnt. Dem setzt Attac eine eigene Vorstellung von Globalisierung entgegen: die Globalisierung von Solidarität, Gerechtigkeit, Menschenrechten und Demokratie. Ziel ist die Schaffung von sozial gerechten, ökologisch tragfähigen und demokratischen Strukturen im internationalen System sowie innerhalb der Gesellschaften, dies sowohl im Norden wie im Süden. Ausdrücklich wird dabei betont, dass es nicht um ein Zurück zum vermeintlich idyllischen Zustand vergangener Jahrzehnte geht. Damit wendet sich Attac auch gegen einen fatalistische Wahrnehmung der Globalisierung: die Behauptung, Globalisierung in ihrer

Attac: Association des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens

Verein für die Besteuerung von Finanztransaktionen zum Nutzen der Bürger – so heißt die 1998 in Frankreich gegründete Bewegung ausgeschrieben. Der Gründungszweck, nämlich eine Steuer auf Devisenumsätze zu fordern, ist heute nicht mehr einziges Ziel von Attac: Inzwischen richten sich die Anstrengungen der Globalisierungskritiker gegen die Folgen eines ungehemmten Welthandels. Für eine ökologisch und sozial ausgerichtete Globalisierung demonstrieren die 60.000 Mitglieder der Attac-Netzwerke, die sich mittlerweile in 40 Ländern gebildet haben. Attac Deutschland hat derzeit mehr als 6 500 Mitstreiter in 80 Städten in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis.

jetzt herrschenden, neoliberalen Form sei ein alternativloser Sachzwang, ist reine Ideologie. Daher heißt einer der Hauptslogans von Attac: Eine andere Welt ist möglich.

Peter Wahl

*Peter Wahl, Mitglied des Vorstandes der Bonner Nichtregierungsorganisation Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED)
www.attac-netzwerk.de*

Umsetzung, nicht Erklärungen

Die Chance von Johannesburg

Da die letzte Vorbereitungs-konferenz in Bali ohne Ergebnis blieb, gibt es für die Konferenz in Johannesburg noch keine Tagesordnung.

Wenn der Weltgipfel nicht scheitern soll, müssen die Staatschefs hier klare Vereinbarungen treffen – anstelle von unverbindlichen Absichtserklärungen wie in Rio. Die wichtigste ist, dass internationale Umweltabkommen über Handelsabkommen stehen, damit Umweltschutz nicht durch die Aktivitäten der Wirtschaft unterlaufen wird. Wichtig für die Entwicklungsländer ist der Abbau von Handelsschranken und der umweltschädlichen und wettbewerbsverzerrenden Subventionen. Auch das Kiotoprotokoll zum Klimaschutz und das Biosafety-Protokoll, das den Umgang mit genmanipulierten Organismen regelt, sollen hier weltweit in Kraft treten. Ebenfalls vorangetrieben werden müssen die Übereinkommen über gefährliche Abfälle und Chemikalien, über die Verhinderung von Bodenschwund

und Wüstenbildung und die abnehmenden Fischmengen. Klaus Töpfer (UNEP) fordert erreichbare Ziele, konkrete Handlungs- und Zeitpläne und Kontrollmechanismen ein. Außerdem wünscht er sich eine Übereinkunft, dass künftig ein Fünftel des Weltenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energien bestehen soll. Eine Reform der Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD), deren Stärkung bis hin zur Umgestaltung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) in eine Weltumweltorganisation, sind weitere Vorschläge. Bei den Ergebnissen wird zwischen „harten“ und „weichen“ Übereinkommen unterschieden.

Typ 1-Ergebnisse: Regierungsbeschlüsse, Politische Erklärung der Staatschefs und Aktionsprogramme.

Typ 2-Ergebnisse: Partnerschaften zwischen Regierungen und „Major Groups“, also einem Unter-



In Johannesburg wird sich zeigen, wie ernst es die Regier-chefs mit nachhaltiger Entwicklung meinen.

nehmen, einer Nichtregierungsorganisation oder zwischen diesen untereinander ohne Regierungsbeteiligung. Es gibt aber noch keine Kriterien für die offizielle Anerkennung solcher Partnerschaften.

Typ 3-Ergebnisse:

Verpflichtungen einzelner Regierungen, um eine Vorreiterrolle im internationalen Prozess zu spielen. In Rio kündigte der damalige Kanzler Kohl an, Deutschland verpflichte sich, die CO₂-Emissionen bis 2005 um 25 Prozent zu verringern.

Viele befürchten, dass sich die Regierungen aus der Verantwortung ziehen und, wie die USA vorschlägt, nur Typ-2-Abkommen abgeschlossen werden. Freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie aber werden Umwelt und Entwicklung nicht weiterhelfen.

Wenn Bürger bestimmen: Der Beteiligungshaushalt von Porto Alegre

Dass mehr Demokratie in öffentlichen Haushalten möglich ist, wenn die Machthabenden es wollen, beweist seit 1989 die 1,4 Millionenstadt Porto Aleg-

re im Süden Brasiliens. Die Wahlgewinner im Bundesstaat Rio Grande do Sul von 1988, eine Linkskoalition der Arbeiterpartei (PT) unter Porto Alegres Ober-

bürgermeister Olívia Dutra, haben dazu die Stadt in 16 Regionen aufgeteilt. Wahlberechtigt sind alle über 16 Jahre. Sie entscheiden in jährlich 22 öffentlichen Bürgerversammlungen, welche Mittel wofür ausgegeben werden. In zwei offiziellen Runden und einer informellen kontrollieren die Einwohner den Rechenschaftsbericht, wählen Delegierte, die die Forderungen ihres Viertels vortragen. In sechs thematischen Foren entscheidet dann der aus der Mitte der Delegierten gewählte Beirat des Beteiligungshaushaltes über die Verwendung des städtischen Haushaltes. Rund 15 Prozent der Menschen von Porto Alegre beteiligen sich aktiv, mit steigender Tendenz. Vor allem in Wohnungsbau, Wasserversorgung und Bildung hat sich Porto Alegres Situation seither entscheidend verbessert.



Die Bürger von Porto Alegre entscheiden darüber, was mit dem Geld der Stadt geschieht.

Wer mehr wissen will

Literatur zum Thema

Nachhaltigkeit

Ökologie und Gerechtigkeit ist das Thema von Sachs' Analyse über die Zukunftsfähigkeit der weltweiten Gemeinschaft.

Ohne den Verzicht der Wohlhabenden sieht Sachs keine Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft, die eine gerechtere sein muss.

Wolfgang Sachs: *Nach uns die Zukunft. Der globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie.* Brandes & Apsel, Frankfurt 2002, 214 Seiten, 19 Euro



In 20 Beiträgen hinterfragen bekannte Wissenschaftler und fachkundige Autoren die Lage der „Nachhaltigkeit in Zeiten der Globalisierung“. Eine nützliche Orientierung,

die einen Überblick über den derzeitigen Status Quo der Diskussion gibt.

Politische Ökologie 76: „Nachhaltigkeit in Zeiten der Globalisierung“, 4/5 2002, Ökom Verlag, München, 87 Seiten, 10 Euro

Deutschland

Eine Bilanz der letzten fünf Jahre bietet der von Umweltbundesamt herausgegebene Band und diskutiert den Weg zu einer ökologischeren Gesellschaft.

Dass diese möglich ist, entwirft die Studie anhand dreier Szenarien.

Hrsg.: Umweltbundesamt: *Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Die Zukunft dauerhaft gestalten.* Erich Schmidt Verlag, 2002, 513 Seiten, 16,80 Euro



Ist die Politik in Deutschland fähig, die Weichen für eine nachhaltige Entwicklung zu stellen? Wie entwickelte sich die Umweltsituation im Land? Wie sieht die „Szene“ der Organisationen und Verbände in Deutschland aus? Antwort auf diese Fragen gibt der Nachfolgebund der 1996 von BUND und Misereor herausgegebenen Studie „Zukunftsfähiges Deutschland. BUND, Misereor: *Wegweiser für ein Zukunftsfähiges Deutschland*, Riemann Verlag, 2002, 350 Seiten, 18 Euro



Globalisierung



Der Klassiker der Globalisierungskritiker, in der die kanadische Autorin die Mächte der Weltkonzerne aufdeckt und die Produktion in der Konsumgesellschaft anprangert.

Die Londoner Times erklärte die 1971 geborene Autorin zur „wohl einflussreichsten Person unter 35“.

Naomi Klein: *No Logo! Der Kampf der Global Players um Marktmacht. Ein Spiel mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern.* Riemann Verlag, 2002, 535 Seiten, 14,50 Euro



Woran misst sich der Wert eines Menschen in einer materialistischen Gesellschaft? Ist seine Arbeitskraft die allein bestimmende Größe? Der 1939 geborene holländische Autor liefert einen Gegenentwurf.

Johano Strasser: *Leben oder Überleben. Wider die Zurichtung des Menschen zu einem Element des Marktes.* Pendo Verlag, 2001, 289 Seiten, 19,90 Euro



Das renommierte Worldwatch Institute gibt jedes Jahr einen Bericht zur Lage der Umwelt heraus. Dabei klagt es regelmäßig mehr Umweltschutz und eine gerechtere Verteilung des Wohlstands ein.

Umweltprobleme und die sich ausbreitende Armut sollten mit der gleichen Konsequenz verfolgt werden wie den Kampf gegen Terrorismus.

Worldwatch Institute: *Zur Lage der Welt 2002* Fischer Taschenbuch Verlag, 368 Seiten, 15,90 Euro.

Kampf dem schlechten Essen – das ist die Lebensaufgabe, der sich der französische Schafzüchter José Bové widmet. Er und seine Mitstreiter protestieren gegen Gentechnik, Freihandel und die Rahmenbedingungen bäuerlicher Landwirtschaft in der EU. Für die Möglichkeit der Produktion und Verteilung gesunder Lebensmittel scheuen sie selbst den Gang ins Gefängnis nicht.

José Bové, Francois Dufour: *Die Welt ist keine Ware. Bauern gegen Agromultis.* Rotpunktverlag, 296 Seiten, 15 Euro



Wie können Gewinnstreben und nachhaltiges Wirtschaften in einem Unternehmen in Einklang gebracht werden? Dieser Frage ist die Initiative „UnternehmensGrün“ gemeinsam mit dem BUND nachgegangen. Auch

zeigen sie praktische Beispiele von 23 Unternehmen.

Hrsg.: BUND, UnternehmensGrün: *Zukunftsfähige Unternehmen. Wege zur nachhaltigen Wirtschaftsweise von Unternehmen.* Ökom Verlag, 2002, 251 Seiten, 18,50 Euro

Seit dem Genua-G8-Gipfel hat jeder schon von Ihnen gehört: Doch was wollen die Kritiker der Globalisierung, die unter dem Namen „attac“ ein internationales Netzwerk mit immer mehr Mitgliedern aufgebaut haben?

Christiane Grefe, Matthias Grefrath, Harald Schumann: *attac. Was wollen die Globalisierungskritiker?* Rowohlt Verlag, 222 Seiten, 12,90 Euro



Wer weiß Bescheid?

Adressen

United Nations
Division for Sustainable Development
2 UN Plaza, Room DC2-2220
New York, New York 10017 USA
Tel.: 001-212-963 0902
Fax: 001-212-963 4260
e-mail: dsd@un.org

United Nations Environment Programme
United Nations Avenue, Gigiri
PO Box 30552,
Nairobi, Kenya
Tel: 00254-2-621234
Fax: 00254-2-624489/90
e-mail: eisinfo@unep.org

Bundesministerium für Umwelt, Natur-
schutz und Reaktorsicherheit
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11055 Berlin
Tel.: 01888-305 0
Fax: 01888-305 20 44
e-mail: service@bmu.de

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit, Referat für Presse-
und Öffentlichkeitsarbeit
11055 Berlin
Tel.: 01888-535 24 51
Fax: 01888-535 25 95
e-mail: poststelle@bmz.bund.de

GTZ-Pilotvorhaben Rioplus
Tulpenfeld 2
53113 Bonn
Tel.: 0228-98 533 28
e-mail: jan-peter.schemmel@gtz-
rioplus.de

Heinrich Böll Stiftung
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34-0
Fax: 030-285 34-109
e-mail: info@boell.de

BUND - Bundesgeschäftsstelle
Am Köllnischen Park 1
D-10179 Berlin
Tel.: 030-27 58 64 - 0
Fax 030-27 58 64 - 40
e-mail: bund@bund.net

Internet-Webseiten

Seiten zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung

<http://www.worldsummit2002.org> (englische Weltgipfel-Seite der Heinrich Böll-Stiftung)
<http://www.johannesburgsummit.org/> (offizielle UN-Seite)
<http://weltgipfel2002.de> (gemeinsame Seite des BMU und des BMZ)
<http://www.joburgsummit2002.com/> (Gastgeber Südafrika)
<http://www.worldsummit.org.za/> (Informationen des südafrikanischen Civil Society Secretariat (NGO) zum Weltgipfel)
<http://www.earthsummit2002.org/> (Multistakeholder-Forum)
<http://www.iisd.ca/wssd/portal.html> (Portal des International Institute for Sustainable Development)
<http://www.nrw-johannesburg.de/> (zum Gipfel von Umweltministerium NRW und DSE)

UN-Seiten

<http://www.un.org/esa/sustdev> (UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung CSD)
<http://www.un.org/esa/ffd/> (UN Seite zur Konferenz für Entwicklungsfinanzierung)
<http://www.unep.org/> (UN-Umweltprogramm UNEP)
<http://www.undp.org/> (UN-Entwicklungsprogramm UNDP)
<http://www.unfccc.org/> (UN-Klimasekretariat)
<http://www.biodiv.org/> (UN-Sekretariat der Konvention über biologische Vielfalt)
<http://www.unccd.int/main.php> (UN-Wüstensekretariat)
<http://www.unctad.org/> (UN-Kommission für Handel und Entwicklung)

Weitere internationale NRO-Seiten

<http://www.anped.org/> (The Northern Alliance for Sustainability, NRO-Zusammenschluss)
<http://www.conferenceofngos.org/> (CONGO, Conference of NGOs in Consultative Status Relationship with the United Nations)
<http://www.cseindia.org/> (Centre for Science and Environment)
<http://www.rio10.dk/> (The Danish 92 Group, Zusammenschluss dänischer NROs zum Weltgipfel)
<http://www.foei.org/> (Friends of the Earth International)
<http://www.globalpolicy.org/> (Global Policy Forum)
<http://www.grain.org/> (Genetic Resources Action International)
<http://www.greenpeace.org/> (Greenpeace

International)

<http://www.igc.org/csdngo/> (Steering Committee for CSD, NRO-Zusammenschluss)

<http://www.iied.org/> (International Institute for Environment and Development)

<http://www.panda.org/> (WWF Global Network)

<http://www.twinside.org.sg/> (Third World Network)

<http://www.wedo.org/> (Women's Environment and Development Organization)

Deutsche NRO-Seiten

<http://www.rio-10.de/> (Kampagne deutscher NRO)
<http://www.agenda-transfer.de/> (Agenda Transfer Bonn)
<http://www.attac-netzwerk.de/> (Attac Deutschland)
<http://www.bund.net/> (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.)
<http://www.dnr.de/> (Deutscher Naturschutzring)
<http://www.econtur.de/> (Econtur, Bildungsinstitut zu nachhaltiger Entwicklung und Rio+10)
<http://www.epo.de/> (Entwicklungspolitik online)
<http://www.faire-woche.de/> (Kampagne Fairer Handel 2001)
<http://forumue.de/> (Forum Umwelt und Entwicklung, Zusammenschluss deutscher NGOs)
<http://www.eine-welt-netz.de/> (Seiten der Eine-Welt-Internet-Konferenz zu Globalem Lernen)
<http://www.germanwatch.org/> (Germanwatch, Nord-Süd-Initiative)
<http://www.greenpeace.de/> (Greenpeace Deutschland)
<http://www.klimabuendnis.org/kbhome/start.htm> (Klimabündnis)
<http://www.oneworldweb.de/organisation/a21.html> (Überblick Lokale Agenda 21 auf einen Blick)
<http://www.weedbonn.org/info/start.htm> (WEED - World Economy, Ecology & Development)
<http://www.wupperinst.org/> (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH)
<http://www.wwf.de/> (World Wildlife Fund Deutschland)

Weitere internationale Seiten

<http://www.epe.be/> (Europäisches Multi-Stakeholder-Forum)
<http://www.iclei.org/rioplusten/> (International Council for Local Environmental Initiatives)
<http://www.ncsdnetwork.org/rio10/> (Internationales Multi-Stakeholder Forum: National Council for SD)

Weitere deutsche Seiten

<http://www.bmu.de/> (Bundesumweltministerium)
<http://www.bmz.de/> (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
<http://www.biologischesvielfalt.de/> (Dt. Biodiversitätskampagne)
<http://www.gtz.de/rioplus/> (Rio+10-Portal der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit)
<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/> (Dt. Nachhaltigkeitsrat)